



Nach der Wahl ist vor der Legislatur

Am 1. Juli beginnt ihre neue Amtszeit: Welche Ziele haben die bisherigen Nidwaldner Regierungsrätinnen und Regierungsräte? Wie beurteilen sie die vergangenen vier Jahre? Welche Herausforderungen warten auf den Neuen? Ein Überblick zu den wichtigsten Fragen.



Othmar Fülliger (Die Mitte)
Landammann und
Volkswirtschaftsdirektor



Karin Kayser-Frutschi (Die Mitte)
Landesstatthalterin und Justiz-
und Sicherheitsdirektorin



Joe Christen (FDP)
Landwirtschafts- und
Umweltdirektor

Worauf sind Sie in der vergangenen Legislatur besonders stolz?

In Gesprächen mit Unternehmerinnen und Unternehmern darf ich immer wieder feststellen: Unsere Firmen fühlen sich wohl in Nidwalden und blicken zuversichtlich in die Zukunft. Die Auftragsbücher sind voll, die Arbeitslosigkeit ist tief. Wir haben ein gesundes Wachstum der Beschäftigung und der Steuererträge. Eindrucklich hat sich dies an der Iheimisch 2026 gezeigt. Sie hat der Nidwaldner Bevölkerung einen spannenden Einblick in die beeindruckende Vielfalt unserer Unternehmen und unserer Wirtschaft – der Basis unseres Wohlstandes – ermöglicht. Dem Iheimisch-OK und den Ausstellern gebührt ein grosses Dankeschön für die hervorragende Arbeit.

Ich bin stolz darauf, dass wir die Sicherheitspolitik in Nidwalden strategisch weiterentwickeln konnten, nicht nur im Alltag, sondern auch im Blick auf Krisenfestigkeit und Zusammenarbeit über Gemeinden-, Kantons- und Bundesgrenzen hinweg. Dazu gehören die Weiterentwicklung des Bevölkerungsschutzes, die Stärkung der Polizeiarbeit und die enge Zusammenarbeit mit Partnern aller Staatsebenen. Gleichzeitig konnten wir grosse Projekte wie die Weiterentwicklung des Areals Kreuzstrasse oder die Digitalisierung für elektronische Geschäftsprozesse vorantreiben. Wichtig war mir immer: Sicherheit soll wirksam, verlässlich und bürgernah sein.

Ich bin besonders stolz darauf, dass das Fuss-, Wander- und Mountainweggesetz in Kraft gesetzt werden konnte. Damit wurde eine wichtige Grundlage für die Koexistenz zwischen Wandernden und Bikerinnen und Bikern geschaffen. Nach einem langjährigen Prozess konnte das neue Korporationsaufsichtsgesetz erfolgreich ausgearbeitet werden, nachdem einige Hürden überwunden werden mussten. Zudem weist das Hochwasserschutzprojekt am Buholz bach erfreuliche Fortschritte auf und befindet sich auf Kurs. Weiter konnte die Strategie «CO2-neutrale Mobilität» verabschiedet werden, womit der Kanton seine Vorbildfunktion wahrnimmt.

Welche Ziele, die Sie sich vorgenommen haben, wurden in Ihrer Direktion nicht erreicht?

Die Umnutzung des Flugplatzes Buochs von einem Militärflugplatz zu einem zivilen Flugplatz verläuft hart und dauert länger als geplant. Gleiches gilt auch für die Modernisierung der Flugplatzinfrastruktur. Der Flugplatz Buochs ist für unsere Wirtschaft von sehr grosser Bedeutung. Mit ihm kann sich Nidwalden von anderen Wirtschaftsstandorten abheben. Diese ausgezeichnete Ausgangslage gilt es zu nutzen. Entsprechend intensiv sind unsere Bemühungen, in diesem Dossier nun voranzukommen.

Nicht alle Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte konnten im ursprünglich geplanten Tempo umgesetzt werden. Besonders beim Areal Kreuzstrasse führten neue Vorgaben und externe Abhängigkeiten zu Verzögerungen. Solche Projekte sind heute komplexer geworden, fachlich, rechtlich und finanziell. Natürlich hätte ich mir gewünscht, gewisse Schritte schneller realisieren zu können. Gerade bei sicherheitsrelevanten Infrastrukturen tragen wir Verantwortung für Jahrzehnte. Es zeigt sich jedoch zunehmend, dass die Verfahren und Abstimmungsprozesse bei grossen öffentlichen Projekten an Grenzen stossen, wenn sich die Rahmenbedingungen laufend verändern.

Die Klimastrategie konnte zwar verabschiedet werden, stiess jedoch trotz eines breiten und partizipativen Erarbeitungsprozesses im Kantonsparlament auf Ablehnung. Dadurch bleibt ihre Umsetzung anspruchsvoll und erfordert weitere Anstrengungen in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen und involvierten Kreisen. Zudem konnte bei der penden- ten Teilrevision des Elektrizitätswerkgesetzes aufgrund der weit auseinanderliegenden Meinungen noch keine tragfähige Lösung gefunden werden. Über die Schwerpunkte dieser Teilrevision wird eine erneute Grundsatzdiskussion stattfinden.

Was sind die grössten Herausforderungen in Ihrer Direktion in den nächsten vier Jahren – und wie werden sie gelöst?

Die Attraktivität Nidwaldens muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Vorschriften und Bürokratie dürfen Innovation und Unternehmertum nicht weiter einschränken. Das touristische Angebot gilt es massvoll weiterzuentwickeln – sowohl für auswärtige Gäste als auch für Einheimische. Die Wohnsituation ist nach wie vor angespannt, obwohl in den letzten Jahren viel passiert ist. Insbesondere sind mehrere Gemeinden aktiv geworden und haben dafür gesorgt, dass vermehrt preisgünstiger Wohnraum entsteht. Die vom Landrat 2017 geschaffenen Instrumente bieten den Gemeinden hierfür gute Ansatzpunkte. Seitens des Kantons unterstützen wir beratend.

Die Sicherheitslage wird auch für Nidwalden anspruchsvoller und komplexer. Cyberkriminalität, digitale Betrugsformen, häusliche Gewalt sowie Krisenvorsorge und Versorgungssicherheit machen sich zunehmend auch in unserem Kanton bemerkbar. Gleichzeitig erwarten die Menschen Sicherheit, Verlässlichkeit und schnelle Hilfe. Entscheidend wird sein, dass wir Polizei, Bevölkerungsschutz, Justiz und Verwaltung modern und vernetzt weiterentwickeln, mit guten Mitarbeitern, zeitgemässen Arbeitsmitteln und funktionierenden Infrastrukturen. Gerade für Nidwalden bleibt dabei die enge Zusammenarbeit mit Gemeinden, Nachbarkantonen und dem Bund zentral.

Ein Fokus liegt auf der Weiterführung der Teilrevision des Elektrizitätswerkgesetzes, die breite Akzeptanz benötigt. Gleichzeitig stehen die Erarbeitung der Mountainweg-Richtplanung und des Waldentwicklungsplans an. Herausfordernd wird der Massnahmenkatalog im Rahmen der Klimastrategie, bei dem die Anmerkungen des Landrats zu berücksichtigen sind. Demnach dürfen die Massnahmen zum Beispiel «keine unverhältnismässigen bürokratischen Hürden und finanziellen Lasten» verursachen. Hinsichtlich des Hochwasserschutzes ist das Vorhaben am Buholz bach fertigzustellen, und bei der Engberggera ist die Umsetzung der Etappen 5 und 6 zu starten.



Michèle Blöchliger (SVP)
Finanzdirektorin

Es gibt mehrere Bereiche, in denen wir einen bedeutenden Schritt vorwärts gemacht haben. So bei der Ausgestaltung der Pensionskasse, indem Arbeitnehmende bessere Konditionen erhalten, oder auch beim Ferienstandard, den wir von vier auf fünf Wochen anheben konnten. Beides sind Elemente, um unsere Attraktivität als Arbeitgeber zu steigern. Eine Aufgabenprüfung hat ergeben, dass die Verwaltung keine wesentlichen Schwachstellen aufweist und gut aufgestellt ist. Zentral ist auch die digitale Transformation der Dienstleistungen. Stolz bin ich auf die positiven Jahresrechnungen und die Spitzenpositionen im kantonalen Steuervergleich.



Therese Rotzer-Mathyer (Die Mitte)
Baudirektorin

Mit der Einreichung des Agglomerationsprogramms haben wir zusammen mit den Gemeinden einen wichtigen Meilenstein erreicht. Dadurch wird der Bund in Zukunft Projekte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Siedlungsverträglichkeit von Strassen (zum Beispiel Velowege, Stans West) mitfinanzieren. Gefreut hat mich das klare Ja der Stimmbewölkerung zum Kredit für den Ausbau der Kantonsstrasse bei Beckenried. Damit können wir diese Strasse für alle sicherer ausbauen. Schliesslich konnten wir kürzlich den runden Tisch zum Verkehr in Stans erfolgreich abschliessen. Hier startet im Sommer der politische Prozess im Landrat.



Peter Truttmann (GLP)
Gesundheits- und Sozialdirektor

Als neues Mitglied im Regierungsrat konnte ich die Haltung der GLP klar, sachlich und stufengerecht einbringen, ohne Polemik, aber mit Wirkung. Auch in schwierigen Dossiers gelang es uns, lösungsorientiert zu handeln. Ein Beispiel ist die Suche nach Unterkünften für Asylsuchende. Gemeinsam mit den Standortgemeinden, Nachbarn und Behörden fanden wir immer wieder tragfähige Lösungen, etwa im alten Zeughaus in Oberdorf oder im Postillon in Buochs. Dabei sind mir eine offene Kommunikation und Transparenz sehr wichtig.



Armin Odermatt (SVP)
Neuer Bildungsdirektor

Bisher sind Sie vor allem im Baubereich politisch aufgefallen. Wie bereiten Sie sich auf die Aufgabe des Bildungsdirektors vor?

Mein bisheriger Weg war ein anderer, aber die Haltung bleibt dieselbe: aufmerksam sein, sorgfältig arbeiten und Verantwortung übernehmen. Die Bildungsdirektion ist für mich eine Aufgabe von grosser Bedeutung, weil sie Kinder, Familien und Lehrpersonen direkt betrifft. Ich freue mich darauf, mich vertieft einzuarbeiten und gemeinsam mit den Beteiligten gute, tragfähige Wege zu finden.

Wir haben die angestrebte Steigerung im Lohnvergleich in der Zentralschweiz verpasst. Dies ist bedauerlich für unsere Mitarbeitenden und die Arbeitgeberattraktivität – und bereitet mir in Anbetracht des Fachkräftemangels und der wachsenden Aufgabenfülle grosse Sorgenfallen. Keinen Zuspruch finden konnten wir für die Teilrevision des Finanzausgleichsgesetzes. Geduld ist zudem bei der Teilrevision des Steuergesetzes gefragt, da das Referendum ergriffen wurde. Somit müssen auch die auf den 1. Januar 2026 geplanten Steuerentlastungen für Familien und den Mittelstand noch warten.

Wir konnten aufgrund personeller Engpässe nicht alle Bauvorhaben und Planungen wie erwünscht vorantreiben und umsetzen. Es ist trotzdem wichtig, dass die Anliegen der Bevölkerung Beachtung finden. Partizipative Prozesse helfen, die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen, und sind darum wichtig, auch wenn diese zeit- und personalintensiv sind. Zu guter Letzt muss die Qualität stimmen. Dafür braucht es manchmal Zusatzabklärungen, wie zum Beispiel bei der Beleuchtung des Velowegs am Lopper, welche nun aber auf guten Wegen ist.

Die Belastung im Sozialbereich bleibt hoch. Trotz grossem Einsatz konnten wir den Druck auf die Mitarbeitenden noch nicht genügend reduzieren und offene Stellen nicht immer rasch besetzen. Zudem hätte ich gerne noch mehr Zeit draussen bei der Bevölkerung, den Gemeinden und Institutionen verbracht. Dort erfährt man direkt, was erwartet wird und wo der Schuh drückt. Für mich ist die Nähe zur Bevölkerung eine wichtige Grundlage glaubwürdiger Politik.

Welche bildungspolitischen Ideen Ihres Vorgängers führen Sie weiter, welche nicht?

Ich möchte dort weiterarbeiten, wo sich gute Ansätze bewährt haben: bei einer starken Volksschule, der guten Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der konsequenten Sicherung der Qualität. Weniger wichtig sind für mich Debatten, die sich zu stark um Strukturen drehen, ohne im Schulalltag einen spürbaren Nutzen zu bringen. Mir ist wichtig, dass Bildung nahe an der Praxis bleibt, verlässlich ist und den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird.

In personeller Hinsicht werden uns der Arbeitskräftemangel und die digitale Transformation weiterhin fordern. Grosse «Kisten», die in der Umsetzung noch Fragezeichen beinhalten, sind die Abschaffung des Eigenmietwerts und die Einführung der Individualbesteuerung. Eine Daueraufgabe bleibt, dass wir ausgeglichene Budgets erreichen und den Kanton dennoch vorwärtsbringen können. Gespannt bin ich, wie ab 2027 der neue Globalkredit fürs Personal die Entwicklung der Verwaltung beeinflussen wird. Künftig verfügt der Regierungsrat über mehr Handlungsspielraum bei der Personalplanung, verbunden mit der Verantwortung für einen gezielten Mitteleinsatz.

Die personelle Situation ist angespannt, weshalb wir Projekte priorisieren müssen. Die Ausbauten und Sanierungen wie die Verbreiterung der Kantonsstrasse bei Beckenried, Stans West oder die weitere Sanierung der Wiesenbergstrasse werden uns fordern. Zudem wollen wir 2027 bis 2029 erneut beim Agglomerationsprogramm mitmachen. In der Raumplanung beschäftigen uns Rechtsverfahren im Rahmen notwendiger Rückzonungen in Emmetten, Dallenwil und Beckenried. Auch die Umsetzung des Raumplanungsrechts des Bundes (RPG 2) ist ein Thema. Dabei geht es darum, die Ausdehnung bebauter Flächen und die Anzahl der Gebäude ausserhalb der Bauzonen zu begrenzen.

Die grösste Herausforderung bleibt der gesellschaftliche Zusammenhalt. Gerade im Asyl-, Gesundheits- und Sozialbereich müssen wir Sicherheit, Menschlichkeit und Glaubwürdigkeit gleichzeitig gewährleisten. Dies gelingt nur dank unserer Mitarbeitenden, die Verantwortung übernehmen. Die Bevölkerung soll spüren, dass die Gesundheits- und Sozialdirektion verantwortungsvoll handelt und das Wohl der Menschen auch in anspruchsvollen Situationen im Zentrum steht. Dafür braucht es klare Regeln, gute Integration und ehrliche Kommunikation.

Was sind die grössten Herausforderungen in Ihrer Direktion in den nächsten vier Jahren – und wie werden sie gelöst?

Im Bildungsbereich stehen bis 2030 die Sicherstellung von ausreichend qualifiziertem Lehrpersonal, steigende Anforderungen im Bereich Sonderpädagogik, zunehmende psychosoziale Belastungen sowie der tragfähige Umgang mit KI im Zentrum. Gleichzeitig soll das erreichte Niveau – sichtbar in hohen Abschluss- und tiefen Studienabbruchquoten – gesichert werden. Wir begegnen den Herausforderungen mit attraktiven Anstellungsbedingungen und einer weiterhin konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren Partnern bei der Überprüfung kantonaler Rahmenbedingungen. Darüber hinaus gilt es, im Kulturgüterschutz robuste Kommunikationsabläufe aufzubauen.